



Wir lehnen das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Steueroase Liechtenstein ab

Rede von Richard Pitterle, 25. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir behandeln heute das
Doppelbesteuerungsabkommen, das die
Bundesregierung mit dem Fürstentum Lichtenstein
ausgehandelt hat. Viele verbinden mit dem Namen
Lichtenstein eine der Steueroasen in Europa. Dies
leider nicht zu Unrecht.

Sie erinnern sich: der damalige Postchef Klaus
Zumwinkel – 2008/2009? Richtig: In Liechtenstein lag
das Geld - gut versteckt.

Lichtenstein steht aber für mehr als ein
Geschäftsmodell des Steuerhinterziehung.
Lichtenstein ist ein kleines schönes Land mitten in
Europa, verfügt über eine Industrie, die ihre Produkte
weltweit exportiert und hat viele kluge Menschen
hervorgebracht. Mein Eindruck nach zahlreichen
Gesprächen in und außerhalb von Lichtenstein mit
den politisch Verantwortlichen war, dass man erkannt
hat, dass das „Geschäftsmodell Steuerhinterziehung“
das Land in die Sackgasse geführt hat und man daher

auch im Interesse der heimischen Industrie neue Wege gehen will, um sich nicht in Europa zu isolieren.

Meine Damen und Herren, bei dem jetzt vorliegenden Abkommen geht es zwar nur um die Verhinderung der Doppelbesteuerung, nicht um die Nachbesteuerung von bisher un versteuerten Kapitalanlagen deutscher Steuerpflichtiger in Liechtenstein, auch nicht um die Einführung eines Verfahrens für eine Besteuerung von Kapitaleinkünften. Daher ist das vorliegende Abkommen nicht mit dem Schweizer Steuerabkommen zu vergleichen.

Doch ein Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einer früheren Steueroase ist nicht unproblematisch, denn es kann den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten weiter anheizen. Das ist dann der Fall, wenn die Steueroase von einer direkten Steueroasenpolitik zu einer Niedrigsteuerpolitik wechselt. Das trifft auf Liechtenstein zu.

Zwar hat Liechtenstein versprochen, zukünftig eine sogenannte Weißgeldstrategie zu verfolgen, also versprochen, dass seine Banken nur noch Geld von den Kunden annehmen dürfen, die zuvor schriftlich erklären, ihre Vermögenswerte korrekt versteuert zu haben.

So sehr ich die Botschaft gerne höre, die mir von den politisch Verantwortlichen aus Liechtenstein übermittelt wird, es fehlt mir doch der Glaube.

Es ist die fehlende Bereitschaft zum automatischen Informationsaustausch, die ich vermisse. Für mich ist das nach der Vorgeschichte jedoch ein wesentlicher Baustein für eine Aufarbeitung und einen Neuanfang. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie erlaubt einen Teil der Bevölkerung, sich aus der Finanzierung der Gesellschaft zu verabschieden und

das auch noch zu einem Zeitpunkt, wo die braven Steuerbürgerin-nen und Bürger für die Spekulationsverluste der Zocker eintreten müssen. Daher lehnen wir als Linke gegenwärtig das Abkommen ab.

Alternativen zu diesem Abkommen liegen auf der Hand – Deutschland könnte:

1. gemeinsam mit seinen europäischen Partnern auf die schnelle Verabschiedung und Umsetzung der erweiterten EU-Zinsrichtlinie hinwirken;
2. gemeinsam mit den USA ein FATCA-ähnliches Gesetzespaket verabschieden sowie
3. ähnlich wie Großbritannien eine Offenlegungseinrichtung mit Liechtenstein aushandeln, um sicherzugehen, dass künftig alle Konten und Wirtschaftsstrukturen deutscher Steuerpflichtiger in Liechtenstein dem deutschen Fiskus gemeldet werden.

Wenn Sie das heute vorliegende Abkommen mit ihrer Koalitionsmehrheit beschließen, müssen u.E. weitere Schritte folgen: nämlich – wie bereits erwähnt – die Nachbesteuerung von bisher unversteuerten Kapitalanlagen deutscher Steuerhinterzieher in Liechtenstein sowie die Einführung eines Verfahrens für eine Besteuerung von Kapitaleinkünften. Dass sich das lohnt, haben wir bei den USA gesehen: Über 98% der US-Konten in Liechtenstein waren nicht deklariert und damit Schwarzgeld.

Vielen Dank.